

Sezeberger 2.
Kiel 11.

Experten warnen das Land vor Drogen-Sonderweg

Nach dem Rückzieher von SPD und SSW halten im Landeshaus nur noch die Grünen an den umstrittenen Projekten fest

Kiel. In der Drogenpolitik sind die Grünen in Schleswig-Holstein seit gestern allein zu Haus. Nach dem Rückzieher von SPD und SSW hält nur die Öko-Partei am umstrittenen Drogen-TÜV fest. „Drug-Checking ist ein Mittel zur besseren Information, um vor verunreinigten Drogen schützen zu können“, sagte die Drogenexpertin der Grünen, Marret Bohn.

Wirklich festlegen wollte sich Bohn aber nicht. Zunächst will sie weitere Fach-

gespräche mit Beratungsstellen führen. Auch mit der Jugendorganisation der Grünen soll gesprochen werden. Sie hatte 2012 die umstrittenen Drogenprojekte in den rot-grün-blauen Koalitionsvertrag hineinverhandelt und damit Schleswig-Holstein als Junkie- und Kifferland in die Schlagzeilen gebracht.

SPD und SSW begründeten ihre Kehrtwende vor allem mit dem Ergebnis einer großen Verbandsanhörung, die der Sozialausschuss des

Landtags zu Beginn des Jahres durchgeführt hatte. Dabei hatten Justiz und Polizei erhebliche Bedenken gegen einen Drogen-TÜV geäußert. Die Sucht- und Drogenbeauftragte des Landes verwies auf offene Haftungsfragen.

Selbst Fachleute aus Beratungsstellen warnten vor dem Sonderweg in der Drogenpolitik. Nach einer Umfrage des Sozialministeriums ist die Fachwelt gespalten. Gut die Hälfte der Experten hält einen Drogen-TÜV für „eher

sinnvoll“, etwa um Konsumenten besser vor verunreinigten Drogen zu schützen oder Einblicke in die neusten Entwicklungen auf dem Pilsenmarkt zu gewinnen. Knapp die Hälfte der Fachleute fürchtet dagegen negative Folgen, etwa weil ein Drogen-TÜV den Konsum verstärken und eine falsche Sicherheit vorgaukeln könnte. Um so einiger sind sich die Experten bei der Bagatellgrenze für Hasch. Fast 90 Prozent lehnten es ab, die Eigen-

verbrauchsmenge (derzeit sechs Gramm) zu erhöhen.

CDU und FDP fordern die Koalition seit Monaten auf, ihre „drogenpolitische Irrfahrt“ zu beenden. „Der Jugendschutz muss Vorrang haben vor ideologischen Entscheidungen“, so der CDU-Abgeordnete Volker Dornquast. Ein Drug-Checking sei nicht durchführbar. Die FDP kündigte an, das Drogenthema im Sozialausschuss aufzurufen und von der Koalition Klarheit zu verlangen. ubi